ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Fratzscher, Marcel

Article

Merz und sein gefährlicher Irrweg in der Migrationspolitik

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fratzscher, Marcel (2025) : Merz und sein gefährlicher Irrweg in der Migrationspolitik, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 92, Iss. 24, pp. 392-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2025-24-4

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/321994

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

MARCEL FRATZSCHER

Merz und sein gefährlicher Irrweg in der Migrationspolitik

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Bundeskanzler Merz und Innenminister Dobrindt haben angekündigt, an den Zurückweisungen von Geflüchteten an der Grenze festhalten zu wollen – trotz des Gerichtsurteils zum Verbot der Zurückweisung von Asylsuchenden ohne Dublin-Verfahren. Das ist aus mehreren Gründen ein schwerer Fehler. Der Wunsch nach einer besseren Steuerung der Zuwanderung ist legitim und verständlich. Aber mit dem angekündigten Vorgehen höhlen ausgerechnet Regierungsverantwortliche unsere Demokratie aus.

Die Migrationspolitik der Union, die scheinbar auch vom Koalitionspartner SPD getragen wird, richtet aus drei Gründen erheblichen Schaden an. Auch wenn es im Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts nur um einen Einzelfall ging, rüttelt die Ankündigung, trotzdem an Zurückweisungen festhalten zu wollen, an demokratischen Grundfesten. Das Recht auf Asyl ist unmissverständlich im Grundgesetz verankert. Anstatt Brücken zu bauen und einen breiten Konsens zu finden, vertieft dieses Vorgehen die politische Spaltung in unserem Land. Merz und Dobrindt scheinen die Lehren der letzten zehn Jahre nicht verstanden zu haben: Die AfD ist die einzige Gewinnerin dieser Politik. Verlierer sind unsere Demokratie, der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Zweitens schwächt der Kurs der deutschen Migrationspolitik Europa empfindlich. Das Gericht hat angemahnt, dass die Bundesregierung sich an europäisches Recht halten muss und keinen nationalen Alleingang gehen darf. Zurückweisungen an der Grenze fallen auf unsere Nachbarländer zurück und stärken auch dort die rechten politischen Ränder. Wir sehen gerade in Polen, wohin dies führen kann – und wozu die deutsche Politik einen Beitrag leistet. Mit dieser Schwächung Europas schadet Deutschland vor allem sich selbst.

Drittens richtet die Migrationspolitik der Bundesregierung erheblichen wirtschaftlichen Schaden an. Sie wird unweigerlich dazu führen, dass qualifizierte Fachkräfte einen Bogen um Deutschland machen werden. Denn diese haben Alternativen und meiden Deutschland, da sie sehr wohl die Signale des Nicht-Willkommenseins wahrnehmen. Menschen, die wegen Krieg, Verfolgung oder Armut nach Deutschland kommen, haben dagegen meist keine andere Wahl. Die Konsequenz ist: weiterhin ungesteuerte Zuwanderung, aber kaum gesteuerte Zuwanderung, die wir für unseren Arbeitsmarkt dringend benötigen. Viele Bereiche der Daseinsvorsorge werden darunter leiden – und damit alle Bürgerinnen und Bürger. Viele Unternehmen sind durch fehlende Fachkräfte in ihrer Existenz bedroht, was auch Arbeitsplätze für Deutsche gefährdet.

Wir brauchen daher dringend einen Kurswechsel: Erstens muss die Bundesregierung schnell und glaubwürdig kommunizieren, dass sie sich an Recht und Gesetz hält. Und dass sie Deutschlands Verantwortung in Europa – auch in der Migrationspolitik – in Zukunft besser gerecht wird. Dies erfordert ein Ende nationaler Alleingänge und die Stärkung europäischer Institutionen und Regeln. Zweitens müssen die Parteien die Migrationsdebatte wieder mit mehr Ehrlichkeit und ohne den unsäglichen Populismus der vergangenen Jahre führen. Das erfordert das Eingeständnis, dass die Zuwanderung zwar eine Herausforderung ist, aber für keines unserer großen Probleme verantwortlich ist. Demokratische Politiker*innen sollten nicht ausschließlich über die Probleme und Gefahren, sondern viel stärker über Erfolge und Chancen der Zuwanderung sprechen. Und sie sollten den Menschen ehrlich vermitteln, dass unser Wohlstand auf dem Spiel steht. Drittens benötigen wir eine Verlagerung der Migrationspolitik – weg von dem Fokus, wie Menschen aus Deutschland ferngehalten werden können, und hin zu der Frage, wie wir die Schutzsuchenden besser in Arbeitsmarkt und Gesellschaft integrieren können.

Die Migrationspolitik der neuen Bundesregierung befindet sich auf einem gefährlichen Irrweg. Sie höhlt unsere Demokratie aus, sie schwächt Europa und sie verursacht erheblichen wirtschaftlichen Schaden. Und sie hat nur einen Gewinner: die AfD.

Der Beitrag ist am 6. Juni 2025 in einer längeren Fassung auf Zeit Online erschienen.

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2025-24-4

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 E-Mail: kundenservice@diw.de
92. Jahrgang 13. Juni 2025

Herausgeber*innen
Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat
Dr. Alexander Schiersch

Redaktion
Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer; Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung
Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter **www.diw.de/wochenbericht** abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter **www.diw.de/wb-anmeldung**

ISSN 1860-8787
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).